

EU – INFORMATIONEN
des EUROPE DIRECT
Informationszentrums
für die Region Mittlerer
Niederrhein und den
Rhein-Erft-Kreis



Ausgabe: Juli 2011

Inhalt

Der Zweckverband euregio
rhein-maas-nord – Portrait I

Leitinitiative „Ressourcens-
schonendes Europa“
(Strategie Europa 2020)

Impressum

Vorwort Landrat Hans-Jürgen Petrauschke

Der Zweckverband euregio rhein-maas-nord – grenzüberschreitende deutsch-niederländische Zusammenarbeit zwischen Maas und Rhein

Der Rhein-Kreis Neuss ist seit dem 01.01. 1986 Mitglied in der euregio rhein-maas-nord (bis Dez. 1992 Grenzregio-Rhein-Maas-Nord) und blickt aus heutiger Sicht aufgrund der bisher erfolgreichen Kooperation mit allen Mitgliedern, auch im



Rahmen von einigen INTERREG A-Projekten, auf eine strategische kluge Entscheidung zurück; wir sind dankbar für die stetige und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit unseren deutschen und niederländischen Nachbarn und sehen gerade vor dem Hintergrund der aktuellen europäischen Herausforderungen und bevorstehenden Entscheidungen im Herbst 2011 (Verordnungen zur Ausgestaltung der EU-Kohäsionspolitik ab 2014) die Notwendigkeit einer weiteren Intensivierung der Absprachen über Schwerpunkte und Themen für unseren Grenzraum in der Zukunft.

Die euregio hat sich mit den Beschlüssen über die neue Ausrichtung ihrer Ausschüsse und zur Erarbeitung einer euregio-Vision für die Jahre 2014

bis 2020 die strategisch wichtigen Grundlagen gegeben, um den besonderen Herausforderungen in einem Grenzverbund gerecht zu werden; der Rhein-Kreis Neuss wird sich in diesen Prozess mit seinen Möglichkeiten engagiert einbringen.

In einem ersten Teil dieser Ausgabe wollen wir unseren Lesern die euregio rhein-maas-nord vorstellen und einen Überblick über ihre Entwicklung bis heute, ihre aktuelle Rechtsgrundlage, Mitglieder und Organisation geben.

In einem zweiten Teil dieser Ausgabe wollen wir Ihnen die Leitinitiative „Ressourcenschonendes Europa“ vorstellen, eine der sieben Leitinitiativen im Rahmen der Ihnen bereits vorgestellten „Strategie Europa 2020“ (Ausgabe Juli 2010). Dies ist uns umso mehr ein Anliegen, als der Rhein-Kreis Neuss ein Energiestandort ist und bereits unter seinem früheren Landrat Dieter Patt einen „lokalen Energiepakt“ beschlossen hat, um mit allen beteiligten Akteuren (Energieversorger, Unternehmen, kommunale Politik und Verwaltung sowie den BürgerInnen) den Klimaschutz im Sinne der Europäischen Union zu unterstützen.

Für weitere Informationen und Fragen steht Ihnen das EUROPE DIRECT Informationszentrum Mittlerer Niederrhein im Kreishaus Neuss gerne zur Verfügung.



Hans-Jürgen Petrauschke
Landrat des Rhein-Kreises Neuss

Die euregio rhein-maas-nord – deutsch-niederländischer Zweckverband zwischen Rhein und Maas

Gründung der Grenzregio Rhein-Maas-Nord und Beginn als freiwillige Arbeitsgemeinschaft

Die euregio rhein-maas-nord wurde im Jahre 1978 im niederländischen Roermond gegründet und war bis zur Gründung des heutigen Zweckverbandes ein freiwilliger Zusammenschluss kommunaler Gebietskörperschaften und Industrie- und Handelskammern im deutsch-niederländischen Grenzraum zwischen Rhein und Maas. Das Interesse des Rhein-Kreises Neuss an der Mitgliedschaft ergab sich u.a. aus der engen wirtschaftlichen Verflechtung mit den euregio-Mitgliedern Stadt Krefeld und Mönchengladbach und dem Kreis Viersen, die, wie der Rhein-Kreis Neuss, zum Bezirk der Industrie- und Handelskammer Mittlerer Niederrhein gehören. Mit dem Beitritt zur damaligen Grenzregio Rhein-Maas-Nord erhielt der Rhein-Kreis Neuss Zugang zu EU-Fördergeldern für grenzüberschreitende Projekte mit den niederländischen Partnern der Grenzregio.

Zum 01.01.1993 änderte die Grenzregio Rhein-Maas-Nord konsequenterweise ihren Namen in euregio rhein-maas-nord; die Mitglieder entschieden sich für eine Umbenennung, weil die Beibehaltung des Wortes „Grenze“ in einem Binnenmarkt ohne Schranken nicht mehr adäquat war. Hinzu kam, dass die Europäische Kommission damals bereits von „euregios“ sprach und eine Anpassung an die offizielle EU-Terminologie herbeigeführt werden sollte.

Der Charakter der euregio als freiwilliger Zusammenschluss von niederländischen und deutschen Gebietskörperschaften und Industrie- und Handelskammern bedingte, dass die euregio selbst keine eigene Rechtspersönlichkeit und damit auch keine eigenen MitarbeiterInnen hatte. Alle Aktivitäten, die häufig einen umfangreichen Einsatz personeller und sachlicher Mittel erforderten, wurden von den Verwaltungen der euregio-Mitglieder erbracht.

Die Umwandlung in den Zweckverband euregio rhein-maas-nord

Seit dem 25.06.2004 ist die euregio rhein-maas-nord, auch auf eindringlichen Wunsch des Wirtschaftsministeriums Nordrhein-Westfalen und der Provinz Limburg, ein Zweckverband und kann mit der Verrechtlichung ihrer Organisation nun auch als eigener Projektträger auftreten. Dies erhöht noch einmal die Chancen, europäische Förderprogramme für die Region gemeinsam auszunutzen.

Mit der Umwandlung der euregio rhein-maas-nord in einen Zweckverband wurde auch ihre

Organisationsstruktur weitgehend verändert, um sie handlungsfähiger und flexibler zu machen.

Die **Mitglieder** der euregio rhein-maas-nord sind auf **deutscher Seite** der Rhein-Kreis Neuss, der Kreis Viersen, der südliche Teil des Kreises Kleve, die Städte Krefeld und Mönchengladbach, grenzanliegende kreisangehörige Städte und Gemeinden sowie die IHK Mittlerer Niederrhein und die Niederrheinische IHK zu Duisburg. Auf **niederländischer Seite** sind verschiedene Gemeinden der Region Noord- und Midden-Limburg und die Kamer van Koophandel Limburg Mitglieder in der euregio rhein-maas-nord.

Die Struktur der euregio rhein-maas-nord ab 01.01.2011

Die Struktur der euregio änderte sich erstmalig mit der Umwandlung in einen Zweckverband. Nach über sechsjähriger Erfahrung entschieden die Mitglieder auf der Verbandsversammlung am 08.12.2010 eine Veränderung der Organisation der sog. Festen Ausschüsse, um für die Zukunft eine größere Verbindlichkeit und Regelmäßigkeit in den deutsch-niederländischen Kontakten herzustellen. Die rechtliche Grundlage für Organisation, Kompetenzen und Aufgaben und Handeln der euregio ist die „Satzung für einen Zweckverband euregio rhein-maas-nord“ in der Fassung vom 08.12.2010.

Verbandsversammlung (früher Regio-Rat)

Die Verbandsversammlung hat 78 (79) Mitglieder und ist paritätisch besetzt; Mitglieder auf deutscher Seite sind (Ober)Bürgermeister und Landräte sowie weitere Vertreter aus Stadt/Gemeinderat und Kreistag, Mitglieder auf niederländischer Seite sind Bürgermeister und Wethouder (vergleichbar mit Dezernenten auf deutscher Seite). Die Verbandsversammlung tagt zweimal jährlich und hat folgende Aufgaben: Öffentlichkeitswirksame Darstellung der euregio, Beschlussfassung von Grundsatzfragen, wie Feststellung und Verabschiedung des Haushaltsplans, Aufstellung des jährlichen Arbeitsprogramms, Wahlen zum Vorstand.

Verbandsvorstand (früher Regio-Ausschuss)

Der Vorstand setzt sich aus 10 (11) Mitgliedern zusammen, bestehend aus Präsident(in) und Vize-Präsident(in), jeweils Vorsitzende und stellv. Vorsitzende der drei Festen Ausschüsse und des INTERREG-Ausschusses sowie der/des euregio-Geschäftsführerin/s; bis auf die euregio-Geschäftsführerin werden alle Mitglieder aus der Mitte der Mitgliederversammlung gewählt. Damit ist eine angemessene Vertretung und ein entsprechender Einfluss der Politik gewährleistet. Er tagt viermal jährlich und hat folgende Aufgaben: Beschlüsse zum

INTERREG-Programm, Personalfragen, Lenkung und Steuerung der euregio-Angelegenheiten.

Ausschuss Business to Business (B2B)

Der Ausschuss B2B wie auch die beiden anderen Festen Ausschüsse People2People und Business2Business setzen sich laut der Satzung der euregio (§12 Abs. 4) neben dem von der Verbandsversammlung gewählten Ausschuss-Vorsitzenden und dem stellvertretenden Ausschuss-Vorsitzenden aus 18 weiteren Mitgliedern zusammen:

Auf deutscher Seite: 9 Mitglieder von denen je 1 Vertreter durch den Rhein-Kreis Neuss, die Kreise Kleve und Viersen sowie der Städte Krefeld und Mönchengladbach, 1 gemeinsamer Vertreter der beiden deutschen Kammern und 3 gemeinsamer Vertreter der grenzanliegenden Städte und Gemeinden sowie eventuell ein weiteres im gegenseitigen Einvernehmen zu bestimmendes Mitglied benannt werden; **auf niederländischer Seite** 9 im gegenseitigen Einvernehmen zwischen den dortigen Mitglieds Körperschaften zu bestimmende Vertreter.

Der Ausschuss tagt zweimal jährlich und beschäftigt sich mit den Themen Wirtschaft, Technologie, Innovation (KMU), Qualifizierung, Arbeitsmarkt, Bildung, Pendlerproblematik / EURES, Erholung und Tourismus.

Ausschuss Government to Government (G2G):

Der Ausschuss befasst sich mit den Themen Raumordnung, Verkehr/Transport, Infrastruktur, Natur, Landschaft, Umwelt, Klima, Energie, (Strukturdaten-, u. methoden)

Ausschuss People to People (P2P): Der Ausschuss behandelt die Themen Kultur, Jugend, Sport, Gesundheitswesen, Soziales, Gesellschaftliche Integration, Öffentliche Sicherheit und Ordnung

Aufgaben der Festen Ausschüsse B2B, G2G und P2P:

Diese sollen zukünftig die strukturelle Ausrichtung und inhaltliche Arbeit der euregio rhein-maas-nord gemäß der zurzeit gültigen euregio Vision 2007 – 2013 begleiten und gemeinsam mit der euregio-Geschäftsstelle und den euregio-Mitgliedern die Schwerpunkte für die euregio-Vision 2014 ff erarbeiten.

Ein zusätzlich beschlossener INTERREG-Ausschuss wird sich ausschließlich auf die Prüfung und Bewertung eingehender Projektanträge konzentrieren.

Am 01.06.2011 tagte in Geldern die Verbandsversammlung der euregio rhein-maas-nord und hat u.a. über die künftige Besetzung der vier Festen Ausschüsse entschieden. **Die vier Vertreter für den Rhein-Kreis Neuss sind:**

People/People: Herr Landrat Hans-Jürgen Petrauschke

Business/Business: Herr Jürgen Steinmetz, Allgemeiner Vertreter des Landrates

Government/Government: Herr Heijo Drießen, Kreistagsabgeordneter

INTERREG-Ausschuss: Herr Jürgen Steinmetz, Allgemeiner Vertreter des Landrates

In der nächsten Ausgabe informieren wir Sie über das INTERREG IV A-Programm und die euregio-Vision II (2014-2020).

Europäische Kommission stellt Leitlinie „Ressourcenschonendes Europa“ vor

Am 26. Januar d.J. hat die Europäische Kommission die Leitinitiative „Ressourcenschonendes Europa“ und damit die Letzte der sieben Leitinitiativen vorgestellt, die die Europäische Kommission im Rahmen der Strategie Europa 2020 angekündigt hatte. Die Strategie Europa 2020 will für den Raum der Europäischen Union bis 2020 ein intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum erzielen.

Mit der Leitinitiative „Ressourcenschonendes Europa“ verfolgt die Europäische Kommission das **Ziel, den Ressourcenverbrauch von dem notwendigen europäischen Wirtschaftswachstum abzukoppeln**, d.h. die Wirtschaft soll bei sparsamen Umgang mit traditionellen Energien und der Ausnutzung von Erneuerbaren Energien trotzdem stetig wachsen. Anlässlich der Vorstellung sagte der Präsident der Europäischen Kommission, José Manuel Barroso, der an der Entwicklung der Leitinitiative wesentlich mitgewirkt hat, „Wir können uns einen Ressourcenverbrauch im bisherigen Umfang nicht mehr leisten. Er belastet die Erde und macht unsere Wirtschaft stärker importabhängig. Eine intelligentere Nutzung knapper Ressourcen ist daher eine strategische Notwendigkeit, gleichzeitig aber auch eine wirtschaftliche Chance. Durch größere Ressourceneffizienz, klarere, langfristiger angelegte Maßnahmen und gemeinsame Investitionen in umweltfreundliche Techniken schaffen wir im Interesse unserer Bürger eine solide Grundlage für Wachstum und Beschäftigung und für die Erreichung unserer klima- und energiepolitischer Ziele“.

Mit diesen Worten macht Manuel Barroso deutlich, dass zukünftig die Energieeffizienz im Mittelpunkt aller EU-Politiken, wie Energie, Verkehr, Klimaschutz, Industrie, Landwirtschaft, Fischerei und Regionale Entwicklung stehen wird. Die Europäische Kommission will mit Hilfe einer Reihe von Initiativen erreichen, dass die Treibhausgasemissionen bis 2050 um 80 bis 90 % sinken, die Abhängigkeit der Wirtschaft von Energieimporten sinkt und die Ernährungssicherheit der Entwicklungsländer verbessert wird.

Wie der für Umwelt zuständige Kommissar, Janez Potocnik, erläuterte, versteht die Europäische Kommission unter dem **Stichwort Ressourcen** nicht nur Brennstoffe, Mineralien und Metalle, sondern auch Nahrungsmittel, Boden, Wasser, Luft Biomasse und Ökosysteme. Der Druck auf diese Ressourcen wachse und dies vor dem Hintergrund, dass die Weltbevölkerung, wenn die bisherige Entwicklung so weiter verlaufe, im Jahre 2050 um 30 % auf neun Milliarden Menschen gewachsen sei. Die Leitinitiativen zielen daher auf eine allmähliche Umformung der gesamten europäischen Wirtschaft ab, d.h. diese müsse „grüner“ werden.

Bereits in der **Strategie Europa 2020** hatte die Europäische Kommission dargelegt, dass **Investitionen in emissionsarme Technologien** der Umwelt helfen, der Bekämpfung des Klimawandels dienen und neue Geschäfts- und Beschäftigungsmöglichkeiten schaffen. So verwies Janez Potocnik auf folgende Punkte:

1. Nachhaltige Wirtschaftsbranchen schaffen neue Arbeitsplätze, die auch häufig sicherer sind und ein größeres Export- und wirtschaftliches Wertschöpfungspotential haben,
2. Kohlenstoffarme Technologien verringern Emissionen und verbessern Luftqualität, verringern den Lärm und sind vorteilhaft für den Gesundheitsschutz,
3. Eine Ausweitung des Recyclings hilft, die Engpässe bei der Versorgung mit Rohstoffen abzubauen und fördert die Wiederverwendung wertvoller Stoffe,
4. Eine effizientere Nutzung von Energie führt dazu, dass weniger Energie produziert werden muss, was wiederum gewisse Infrastrukturen überflüssig machen könnte; so rechnet die Europäische Kommission vor, dass durch eine Verringerung des Energieverbrauchs in der EU um ein Prozent der Verzicht auf 50 Kohlekraftwerke oder 25.000 Windturbinen ermöglichen würde. Um hier ein Umdenken zu erreichen, ist es nach Ansicht der Europäischen Kommission erforderlich, eine größere Transparenz bei den Energiepreisen zu erreichen. Nach diesem Ansatz müssten in den Bereichen Verkehr, Energie und Wasser die gesamten Kosten für die Gesellschaft, also auch die Umwelt- und Gesundheitsbelastung, in die Preise einberechnet werden.

Ein **übergeordnetes Ziel der Leitinitiative** ist für die Europäische Kommission, mehr Planungssicherheit für Innovationen und Investitionen zu schaffen. **Die Ressourceneffizienz soll in ausgewogener Weise in alle betroffenen Politikbereiche einfließen**, d.h. sie soll in einen langfristig angelegten Aktionsrahmen für den Klimaschutz, die Energie-, die Verkehrs- und Industriepolitik, für die Landwirtschaft,

die Fischerei, die Biodiversität und die regionale Entwicklung münden.

Folgende Initiativen/Maßnahmen sind daher in der Leitinitiative „Ressourcenschonendes Europa“ vorgesehen:

- Fahrplan emissionsarme Wirtschaft 2050
- Plan für Energieeffizienz bis 2020
- Weißbuch über die künftige Verkehrspolitik
- Energiepolitischer Fahrplan 2050
- Fahrplan für ein ressourcenschonendes Europa
- Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik, der Gemeinsamen Fischereipolitik, der Kohäsionspolitik, der Energieinfrastruktur und der transeuropäischen Verkehrsnetze
- Neue Strategie 2020 der EU zur Erhaltung der biologischen Vielfalt
- Maßnahmen für die Grund- und Rohstoffmärkte

Die Europäische Kommission wird in der kommenden Zeit entsprechende Vorschläge zur Umsetzung der genannten Maßnahmen ausarbeiten und vorlegen.

Quelle und weitere Informationen:
<http://ec.europa.eu/resource-efficient-europe>

Eurobarometer-Umfrage macht Nahrungsmittelverschwendung und mangelndes Bewusstsein für Müllvermeidung deutlich

Eine Eurobarometer-Umfrage vom Januar 2011 hat deutlich gemacht, dass 60 % aller BürgerInnen in der Europäischen Union das Bewusstsein für den täglichen Abfall fehlt, den sie täglich produzieren: Jeder EU-Bürger sorgt jedes Jahr für 513 kg Hausmüll, ohne es zu wissen; insbesondere bei Nahrungsmitteln ist die Verschwendung am größten, Deutschland ist das Mitgliedsland in der EU, in dem die meisten Lebensmittel weggeworfen werden. Laut der Umfrage entsorgen 81 % der deutschen Bevölkerung bis zu 15 % der von Ihnen gekauften Lebensmittel.

Nach den Worten von EU-Umweltkommissar Janez Potocnik zeigt die Umfrage "...dass die meisten von uns sich nicht darüber im Klaren sind, wie viel sie wegwerfen. ... Und der sparsame Umgang mit Ressourcen kann sogar Geld sparen: Durch die Reduzierung von Nahrungsmittelabfällen können EU-Haushalte beispielsweise rund 500 Euro einsparen".



Rhein-Kreis Neuss – Der Landrat
 EUROPE DIRECT Informationszentrum
 Mittlerer Niederrhein/Rhein-Erft-Kreis
 Ruth Harte
 Oberstraße 91
 41460 Neuss
 Tel.: 02131-928-7600/7601
 Fax: 02131/928-7699
 e-mail: europabuero@rhein-kreis-neuss.de